

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)186

23. Januar 2025

Stellungnahme
Prof. Dr. Axel Drecol

zum Fachgespräch zu TOP 2 der 72. Sitzung am 29. Januar 2025

Aktuelle Herausforderungen der inhaltlichen Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund
extremistischer Angriffe

“Aktuelle Herausforderungen der inhaltlichen Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund extremistischer Angriffe“

Prof. Dr. Axel Drecol, Leitung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Vorbemerkungen

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten umfasst sieben Gedenkstätten: Sachsenhausen, Ravensbrück, Belower Wald, Brandenburg an der Havel, Brandenburg-Görden, Potsdam-Leistikowstraße und Lieberose in Jamlitz. Die Stiftung hat die satzungsmäßige Aufgabe, an Terror, Krieg und Gewaltherrschaft zu erinnern und die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Themen zu fördern. Sie ist dafür verantwortlich, den Opfern und Hinterbliebenen ein würdiges Gedenken zu ermöglichen. Die Gedenkstätten sind als Orte einer lebendigen Erinnerungskultur in die lokale Umgebungsgesellschaft eingebettet. Zu ihrem Auftrag gehört, eng mit Opferverbänden, Institutionen der politischen Bildung und verschiedenen Initiativen zusammenzuarbeiten. Zum Kooperationsnetzwerk der Stiftung gehören zahlreiche Einrichtungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene, die sich für eine kritisch-reflexive und multiperspektivische Geschichtsaufarbeitung in den Diensten von Demokratie, der Wahrung der Menschenrechte und eines respektvollen, solidarischen Miteinanders einsetzen.

Angriffe auf die Gedenkstättenarbeit

Angriffe auf die inhaltliche Arbeit an und von Gedenkstätten äußern sich in unterschiedlicher Weise: Dazu gehören Sachbeschädigungen, Propagandadelikte, Hassreden im Internet oder in Social-Media Portalen, Drohmails an Mitarbeitende oder anonyme Mitteilungen auf Einwurf-Postkarten.

Besonders häufig sind verbale Angriffe gegen Minderheiten oder entsprechende schriftliche Äußerungen, vor allem antisemitische, aber auch antiziganistische, homophobe oder rassistisch-fremdenfeindliche Injurien.

Insgesamt haben solche extremistischen Vorfälle in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Waren etwa in der Gedenkstätte Sachsenhausen bis 2022 noch ca. 12 Vorkommnisse zu verzeichnen, so stieg die Anzahl im Jahr 2023 auf 31 an, um dann im letzten Jahr auf 52 anzuwachsen.

Propagandadelikte treten vorwiegend in Form von eingeritzten oder aufgemalten Hakenkreuzen, dem Bekleben oder Beschädigungen von Ausstellungen bzw. Schmierereien in Gästebüchern auf. In Bezug auf verbale oder gestische Angriffe sind das Zeigen des Hitler-Grußes, geschichtsrevisionistische bzw. NS-verharmlosende Äußerungen im Rahmen von geführten Rundgängen oder Seminaren zu nennen oder Anlass-bezogene Beleidigungen und Diffamierungen, etwa im Rahmen von Gedenkfeiern, die dem Andenken von spezifischen Opfergruppen gewidmet sind.

Konkrete Beispiele für solche Art von Angriffen sind auf den Feedback-Postkarten in Sachsenhausen etwa: “Wann wird Sachsenhausen wieder eröffnet, wäre nötig?!", “Sieg Heil, Hochlebe der Führer” oder “Hitler soll wieder kommen”. Im Rahmen einer Einladung zu einer Gedenkveranstaltung für queere Häftlinge im letzten Jahr war die Gedenkstätte gezwungen, wegen zahlreicher offen formulierter Beleidigungen und Schmähungen die Kommentarfunktion ihrer Social-Media-Kanäle zu schließen und abzuschalten. Problematische Situationen bei pädagogischen Programmen gab es sowohl in Sachsenhausen als auch in der Gedenkstätte Ravensbrück in Fürstenberg an der Havel. Dort wird das pädagogische Personal zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass Lehrkräfte sich über rechtsextreme und geschichtsrevisionistische Hintergründe und Einstellungen bei Schülerinnen und Schülern

beklagen. In der jüngeren Vergangenheit sahen sich Lehrkräfte gezwungen den Besuch an der Gedenkstätte abzusagen, da sie befürchten mussten, dass die Jugendlichen sich vor Ort nicht angemessen Verhalten oder das geplante Programm boykottieren würden. Andere Lehrkräfte berichten, dass sie mitunter Angst vor den Elterngesprächen oder Reaktionen aus der Elternschaft haben, da ihre Schüler:innen aus rechtsextremen (Reichsbürger) Elternhäusern stammen. Auch berichten Lehrkräfte, dass sie die Exkursion zur Gedenkstätte als eine letzte Möglichkeit der Intervention sehen, mit der sie rechtsextreme Schüler:innen ‚bekehren‘ wollen. In Ravensbrück und Sachsenhausen berichten Guides vereinzelt von schwierigen Führungen, in denen Verbrechenskontexte grundsätzlich angezweifelt und die Sinnhaftigkeit der Aufarbeitung an sich mit dem Verweis auf das negative Andenken der eigenen Vorfahren infrage gestellt werden.

Herausforderungen

Die deutlich erhöhten Anforderungen, die daraus für die Gedenkstättenarbeit entstehen, sind vielfältig. Die Bildungsarbeit von Gedenkstätten umfasst das Lehren und Lernen über die Geschichte eines historischen Tatortes sowie den Bezug zur Lokalhistorie und deren Einordnung in umfassendere geschichtliche und gesellschaftlich-politische Kontexte. Dabei zielt die Bildungsarbeit auf die kritische Reflexion von Geschichte. Sie soll Fragen evozieren und den Blick für die Aussagefähigkeit von Quellen schulen. Eine solche Herangehensweise ist allerdings nur möglich, wenn Fragen und Bemerkungen nicht darauf abzielen, die Sinnhaftigkeit der Beschäftigung mit den von Deutschen verursachten Gewaltverbrechen grundsätzlich in Frage zu stellen, die NS-Verbrechen anzuzweifeln oder sie durch unzulässige Gleichsetzungen zu verharmlosen. Selbstverständlich können und werden strafrechtlich relevante Sachverhalte zur Anzeige gebracht. Eine sinnvolle pädagogische Arbeit ist unter solchen Umständen allerdings schwer oder gar nicht mehr möglich.

Die Durchführung von Gedenkveranstaltungen steht ebenfalls vor großen Herausforderungen. Gedenkveranstaltungen sollen eine breite nationale und internationale Öffentlichkeit, nicht zuletzt Überlebenden und deren Angehörigen einen sicheren und würdigen Rahmen für das Erinnern und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus bieten. Für Überlebende und deren Angehörige sind Angriffe auf die Erinnerungskultur häufig gleichbedeutend mit Angriffen auf ihr persönliches Schicksal oder das ihrer Angehörigen und eine Negierung der Anerkennung ihrer Leiden oder dem ihrer Anverwandten. Für Personen, die bereits Erfahrungen mit rechtsextremer oder rassistischer Gewalt gemacht haben oder potenziell davon betroffen sind, können auch konkrete Ängste vor physischen Übergriffen eine Rolle spielen. Das war und ist bei Opfergruppen wie Jüdinnen und Juden oder Sinti und Roma leider an der Tagesordnung, gilt aber auch für queere Menschen, wie Angriffe nach der Gedenkveranstaltung und des anschließenden Christopher Street Day in Oranienburg vergangenen September zeigen.

Häufig können wir den Tatbestand dokumentieren, die Urheberchaft aber nicht mehr konkret feststellen - etwa bei Sachbeschädigungen. Dennoch lassen unseres Erachtens politische Entwicklungen Rückschlüsse auf die wachsende Zahl von Delikten zu. So können wir davon ausgehen, dass häufig vorgetragene Äußerungen von Politikern der AfD mit Geschichtsbezug, seien es historisch haltlose Hypothesen, verharmlosende Gleichsetzungen oder Forderungen nach positiven Bewertungen der Wehrmacht als Teil der NS-Eroberungskriegsmaschinerie, nicht ohne Wirkung auf das Geschichtsbild von Jugendlichen und Erwachsenen bleiben. Klar ist, dass solche Einlassungen den Bemühungen der Gedenkstättenarbeit entgegenstehen und die

Opferverbände bzw. Angehörige in vielen Teilen der Welt – zum Teil erheblich - beunruhigen. Es ist wohl auch nicht zu weit gegriffen, einen Zusammenhang zwischen den Angriffen auf queeres Leben und Landtagseingaben zu sehen, die sich, wie der der AfD in Brandenburg im August letzten Jahres, explizit gegen gesellschaftliche Vielfalt und Vielfalt unterstützende Institutionen richtet. Hinzu kommt, dass es sich bei den Angriffen auf bestimmte Gruppen auch um ein internationales Phänomen handelt. So hatten viele in englischer Sprache verfasste Feedback-Postkarten in Sachsenhausen eine dezidiert antisemitische Stoßrichtung, weil sie die NS-Verbrechen implizit oder explizit mit der israelischen Kriegsführung gleichsetzen und am Ort kaum vorstellbarer Verbrechen an Jüdinnen und Juden diese wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum für die Situation im Nahen Osten verantwortlich machen. So erklärt sich auch die Zunahme offensichtlich antisemitisch motivierter Vorfälle nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023.

Lernen über Demokratie an Gedenkstätten

Es muss an dieser Stelle eine zentrale Botschaft vieler überlebender Männer und Frauen der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück besonders hervorgehoben werden, die sich nach dem Ende des NS-Regimes wieder an den Orten ihres Martyriums zusammengefunden hatten und die deren Angehörige heute nachdrücklich betonen. Die Nationalsozialisten hatten die Opfer aufgrund des kruden und gefährlichen Irrglaubens, es lasse sich eine homogene Volksgemeinschaft herstellen, aus zahlreichen Nationen an Schreckensorten wie den Konzentrationslagern zusammengepfercht. Sie waren als rassistisch und kulturell anders und damit unerwünscht oder als politisch missliebig diffamiert worden. Nach dem Krieg fanden sie sich als Solidargemeinschaft auf freiwilliger Basis zusammen um ein Zeichen dafür zu setzen, dass nationale Grenzen überwunden werden können und ein respektvolles Miteinander in der Anerkennung von kultureller und religiöser Vielfalt nicht nur möglich, sondern für das freiheitlich-demokratische Zusammenleben unabdingbar ist.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten sieht es daher als ihre zentrale Aufgabe an, kritische Geschichtsreflexion auf der Grundlage der Achtung der individuellen Würde und des respektvollen Umgangs zu ermöglichen. Sie handelt damit nicht nur ihrem Stiftungsauftrag gemäß, sondern auch in Übereinstimmung mit parlamentarischen Beschlüssen auf Bundesebene. So heißt es etwa in dem im Jahr 2018 verabschiedeten Koalitionsvertrag: „Unsere Geschichte mahnt uns, antidemokratischem, rassistischem und nationalistischem Gedankengut entschieden zu begegnen.“

Insgesamt beeinflusst die Zunahme geschichtsrevisionistischer, völkisch-nationalistischer, antisemitischer, homophober, antiziganistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen und eine entsprechende Verrohung der Sprache, die sich gerade in den Social-Media-Kanälen auch der Gedenkstätten bemerkbar machen, die Arbeit der Stiftung nachhaltig. Es kommt zu Störungen von Gedenkveranstaltungen und Bildungsprogrammen, Vandalismus, Strafanzeigen und einer zunehmenden Relevanz juristischer Sachverhalte und Auseinandersetzungen, die erhebliche Zeit und Ressourcen binden.

Schlussbemerkungen

Die angeführten Aspekte verdeutlichen die enormen Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit. Sie hat mit einem sich verändernden politischen Umfeld auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu kämpfen, das kritische Reflexion von Geschichte zum Teil erschwert und erheblich behindert. Das in der Vermittlung tätige Personal, das zunehmend mit

schwierigen Situationen konfrontiert wird, muss qualifiziert und in regelmäßigen Weiterbildungen geschult werden. Die Durchführung von Gedenkveranstaltungen wird komplizierter, verstärkt müssen relativierende oder verharmlosende Geschichtsbilder aufgegriffen und dekonstruiert werden. Opferverbände und der Stiftung nahestehende Partnerinnen und Partner müssen - auch einer breiten Öffentlichkeit, gegenüber - unterstützt werden. Ebenso gilt es, im Sinne einer kritischen Reflexion der Vergangenheit und der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und anderer Formen der Gewaltherrschaft an einem breiten gesellschaftlichen Dialog teilzuhaben und klar Stellung zu beziehen.

Gedenkstätten benötigen eine funktionierende Infrastruktur, um an den historischen Tatorten kritische Reflexion und Kompetenzerwerb im Umgang mit Geschichte zu ermöglichen. Neben dem Erhalt der historischen Bausubstanz braucht es Räumlichkeiten und technische Ausstattung, nur so kann eine Geschichtsdidaktische Vermittlung auf Höhe der Zeit stattfinden.

Gedenkstätten sind besonders auf Netzwerkstrukturen angewiesen, nur in Zusammenarbeit mit anderen Bildungsinstitutionen kann der Zusammenhang zwischen Geschichtsaufarbeitung und demokratischer Verfasstheit einschließlich ihrer kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt breit vermittelt werden. Um den gegenwärtigen Herausforderungen einer komplexen Didaktisierung auch im digitalen Raum begegnen zu können, wird vermehrt wissenschaftliche Expertise sowie pädagogisches Personal benötigt. Die Zusammenarbeit mit den lokalen Polizeibehörden ist kooperativ und gut, mit Blick auf die aktuelle Tendenz, gesteigerte Anzahl extremistischer Angriffe auf Gedenkstätten, wird die Stiftung ihre Sicherheitskonzepte und Maßnahmen ausbauen müssen. Um den nachweislich immer größer werdenden Anforderungen an die Gedenkstätten und ihre Vermittlungsarbeit gerecht werden zu können, benötigen wir dringend die Unterstützung unserer Mittelgeber dabei neben dem Land Brandenburg vor allem auch die Unterstützung des Bundes.